

## Griechen plagen sich mit Aufarbeitung des Infernos von Mati

Nach der Brandkatastrophe im griechischen Ferienort Mati vor einem Monat gibt es personelle Konsequenzen und viele Vorwürfe.

Markus Bernath, Athen

28.8.2018



Auch dieser Schrein auf dem Gelände eines zerstörten Hauses in Mati konnte das Unheil nicht abwenden.  
(Bild: Alkis Konstantinidis / Reuters)

Das Röhren von Motorsägen und Bulldozern ist das einzige Geräusch, das aus der Geisterstadt Mati kommt. Ausser Waldarbeitern und Angestellten der Gemeindeverwaltung, die hier und da mit einem Notizblock in der Hand durch die engen Strassen streifen, sieht man niemanden in dieser Feriensiedlung. Sie liegt am Petalischen Golf, der weiten Bucht vor der Südspitze der Insel Euböa in Attika, 40 Minuten mit dem Auto von Athen. Einen Monat nach dem furchterlichsten Waldbrand seit Jahrzehnten in Griechenland sind Staat und Bürger erst am Anfang der Aufarbeitung dieser Katastrophe.

Am Abend des 23. Juli, eines Montags, verbrannten hier 96 Menschen. Unter den Opfern waren viele Kinder und ihre Eltern. Mati und die Strandtavernen im benachbarten Kokkino Limanaki waren populäre Ausflugsziele der Athener und eine Sommerbleibe für Familien und Rentner. Es hätte wohl noch sehr viel mehr Tote gegeben, wäre die Katastrophe am Wochenende passiert. Dieses Feuer zu löschen, sei aussichtslos gewesen, erklärte Johann Goldammer, der deutsche Experte, an den sich die Regierung in Athen nun klammert.

Kein Evakuierungsplan hätte unter den Bedingungen funktioniert, wie sie an jenem Abend in Mati geherrscht hatten, versicherte der renommierte «Feuerökologe» vom Max-Planck-Institut. Windböen mit einer Geschwindigkeit von 120 Kilometern in der Stunde hatten das Feuer wie eine Walze in kurzer Zeit von der Ostseite des Penteli-Bergs zum Meer hinuntergetrieben.

Auf den Tag einen Monat nach der Brandkatastrophe sitzt Goldammer, ein weisshaariger hagerer Mann, auf dem Besuchersofa im Amtssitz des griechischen Ministerpräsidenten. Alexis Tsipras hat den deutschen Forscher eingeladen und betraut ihn mit der Leitung einer internationalen Untersuchungskommission. Damit stösst der linke Regierungschef eine Reihe griechischer Professoren und Brandschutzexperten vor den Kopf, die auf den Katastrophenschutz spezialisiert sind und sich bereits zu Mati zu Wort gemeldet hatten.

## **Alte Bausünden**

Doch Tsipras will mithilfe der Goldammer-Kommission die Brandtragödie zumindest ein Stück weit aus der innenpolitischen Arena ziehen. Die Kommission soll die Ursachen des aussergewöhnlichen Waldbrands in Mati klären und Vorschläge für eine grundlegende Reform bei Stadtplanung und Katastrophenschutz in Griechenland unterbreiten. Mit Anschuldigungen muss die Regierung nicht rechnen. Bausünden der Vergangenheit und die Folgen des Klimawandels scheinen für Goldammer im Vordergrund zu stehen.

Dafür greift die konservative Opposition den Ministerpräsidenten und dessen Regierung seit der Tragödie von Mati umso verbissener an. Inkompetenz und fahrlässige Planungsfehler werden ihnen vorgeworfen. Tsipras schien in den Tagen nach den Waldbränden tatsächlich wie gelähmt, trat kaum öffentlich in Erscheinung und besuchte vor allem nicht sofort den Katastrophentort. Seither hat die Regierung eine Reihe von Finanzhilfen für die Opfer des Grossbrands geleistet. Familien erhalten einen Zuschuss von 5000 Euro für den Kauf von Haushaltsgeräten, Möbeln oder die Wiederbeschaffung eines Autos. 132 Millionen Euro hat die Regierung für Reparaturen oder den Wiederaufbau von Häusern in Mati und den Ortschaften eingeplant, die das Feuer auf seinem Weg zerstört hatte.

Ein Viertel der rund 5000 Häuser muss abgerissen werden, ein weiteres Viertel ist schwer beschädigt. Anwohner klagen, die Hilfeleistungen seien nur angekündigt worden. Doch der zuständige Minister für Infrastruktur, Christos Spiritzis, hat eine andere Erklärung. Von den bisher mehr als 4000 Anträgen auf Zuschüsse seien rund 2000 bewilligt und Beiträge bezahlt worden. Bei der anderen Hälfte der Antragsteller aber seien Ungereimtheiten mit der Steuererklärung und dem Eigentum an den Häusern aufgetaucht.

## **Neuer Katastrophenschutz**

Personell zog Regierungschef Tsipras mittlerweile einige Konsequenzen aus dem Grossbrand. Die Leiter der griechischen Polizei und der Feuerwehr wurden ausgetauscht; ihre Stellvertreter rückten nach. Der Minister für Bürgerschutz, der frühere Armeegeneral Nikos Toskas, trat zurück, weil er, wie er sagte, die Erinnerung an Mati nicht ertrage. Auch der Generalsekretär für Zivilschutz in Toskas' Ministerium wurde ersetzt. Yiannis Tafyllis, ein ehemaliger Kampffjetpilot, soll als neuer Generalsekretär erheblich grössere Befugnisse zur Koordinierung von Katastropheneinsätzen erhalten. Angeblich informierte die Feuerwehrleitung die Polizei nicht über den Waldbrand, der auf Mati zurollte, einen von drei Grossbränden im Umkreis von Athen an jenem Tag.

Die Athener Staatsanwaltschaft will diese Woche ihre Vorermittlungen zu dem Waldbrand abschliessen. Mehr als 40 Vertreter von Feuerwehr, Polizei und den betroffenen Gemeinden sind als Zeugen vernommen worden. Manchen von ihnen mag nun eine Anklage drohen. Die links geführte Regierung kündigte derweil den Abriss illegal errichteter Häuser an, wie es sie im Ferienort Mati gab. 3200 solcher Bauten hat die Regierung Tsipras in ähnlichen Risikogebieten allein in Attika, der Provinz um die Hauptstadt Athen, ausgemacht. Mitte September will Tsipras die ersten Bulldozer losschicken. Dabei stehen in Griechenland die Zeichen auf vorgezogene Wahlen. Früher sei das anders gewesen, wundern sich selbst Tsipras' Gegner. Da seien Häuser ohne Baugenehmigung in Zeiten des Wahlkampfs nachträglich legalisiert worden, um Stimmen einzuheimsen.

Source:

<https://www.nzz.ch/panorama/griechen-plagen-sich-mit-aufarbeitung-von-mati-ld.1414842>